



FÖRDERVEREIN
GEDENKSTÄTTE
BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN



NR. 1 | 2014 | 10. Jahrgang
NACHRICHTENINFO 29

NACHRICHTENINFO 29

IHRE UNTERSTÜTZUNG

Der Förderverein freut sich auf Ihre Mithilfe. Mitglieder können Personen oder Organisationen werden, die dessen Ziele ideell und materiell unterstützen wollen.

Organisationen oder privatwirtschaftliche Unternehmen, die den Förderverein unterstützen, werden von der Gedenkstätte auf Wunsch öffentlich erwähnt.

Für Ihre Spenden und Mitgliedsbeiträge stellen wir Ihnen eine Spendenbescheinigung aus.

SPENDENKONTO

Förderverein Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen

Commerzbank Berlin
KTO 622 622 900
BLZ 120 400 00

INHALT

Geleitwort	04 05
Nekrolog	06
FV-Ansprechpartner in der Gedenkstätte stellt sich vor	07
Ex-DDR-Gefangene Edda Schönherz feiert Geburtstag	08
Zur Erinnerung an eine fast vergessene Widerstandshandlung: Dr. Wolfgang Welsch zum 70. Geburtstag	09 11
Neue Vorstandsmitglieder stellen sich vor	12 13
Geheime Mission: Auch aus Rumänien wurden Deutsche freigekauft	14
Russischer Schriftsteller Granin zu Besuch in der Gedenkstätte	15
Geflohener Ex-Funktionär berichtet in Gedenkstätte über Nordkorea	16 17
In eigener Sache	18 19
Kleider machen Leute, Kleider machen Politik	20 21
Kurznachrichten	22 23
Gedenken an die letzten Mauertoten Chris Gueffroy und Winfried Freudenberg	24 26
Verbot kommunistischer Symbole: Diskussion geht weiter.....	27
Ein deutsch-deutscher Dichter: Lesung mit Reiner Kunze	28
Udo Scheer: „Reiner Kunze. Dichter sein. Eine deutsch-deutsche Freiheit“	29
Manfred Haferburg: „Wohn-Haft“	30



Liebe Mitglieder und Freunde des Fördervereins,

alle zwei Jahre verleiht der Förderverein den Hohenschönhausen-Preis an Persönlichkeiten, die sich besonders um die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur verdient gemacht haben. Ich darf Sie schon heute bitten, den 25. November in Ihrem Terminkalender zu notieren. An diesem Dienstag wird der Förderverein zum vierten Mal einen Preisträger ehren. Der Vorstand lädt Sie herzlich ein, an dieser feierlichen Veranstaltung teilzunehmen. Zuvor treffen wir uns zur Mitgliederversammlung. Die Vorbereitungen für die Preisverleihung sind angelaufen.

Und der Vorstand möchte Sie auf eine weitere Veranstaltung aufmerksam machen. Für den 17. Juni, dem Tag der Deutschen Einheit, ist unser traditioneller sommerlicher Infotreff geplant. In diesem Jahr geht es nicht wie bislang in ein Restaurant in Berlin-Mitte, sondern in die Gedenkstätte nach Berlin-Hohenschönhausen. Gegen 17 Uhr wird der Vorstand im Rosenhof einen Kranz niederlegen und der zahllosen zunächst im sowjetischen Internierungslager und später im Stasi-Gefängnis gefolterten Menschen zu gedenken. Anschließend werden wir die im vergangenen Oktober eröffnete Dauerausstellung besichtigen und wollen mit den Besucherreferenten ins Gespräch kommen.

In diesem Jahr blicken wir am 9. November zurück auf 25 Jahre Mauerfall. Bedauerlicherweise mehren sich die Anzeichen von DDR-Nostalgie. Nur einige Beispiele. In Suhl posierte eine Lehrerin vor ihren Gymnasiasten auf einem Tisch liegend in einem Hemd der DDR-Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ). Der Vorfall wird vom thüringischen Bildungsministerium überprüft. Soeben ist ein Urteil des Berliner Amtsgerichts bekannt geworden, das das Tragen von FDJ-Symbolen erlaubt. Zwei Männer waren am 13. August 2012, dem Tag des Mauerbaus, bei einer Kranzniederlegung mit dem Blauhemd der FDJ aufgetreten. Die Richter werteten den Auftritt der Ange-

klagten bei der Gedenkveranstaltung als Geschmacklosigkeit, jedoch nicht als Straftatbestand. Der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Rainer Wagner, kritisierte, der Freispruch werde den Ewiggestrigen Anlass sein, noch provozierender die Symbole der Diktatur zu Schau zu stellen. „Die durch Haft und Zersetzung traumatisierten Opfer des Regimes werden verhöhnt“, sagte Wagner, der auch Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist.

Am 9. Mai planen ehemalige NVA- und Stasi-Offiziere am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow einen Aufmarsch in ihren alten Uniformen. Erwartet werden etwa 50 frühere Angehörige der Nationalen Volksarmee und des Stasi-Wachregiments Felix Dzierzynski. Sie wollen zum „Tag der Befreiung“ einen Kranz an dem Ehrenmal niederlegen. Die Polizei prüft die Rechtmäßigkeit der Veranstaltung. Das Tragen von DDR-Uniformen ist im Gegensatz zu NS-Uniformen in Deutschland nicht verboten.

Den Gipfel der Geschmacklosigkeit stellt aber eine Ausstellung in einem Berliner Café dar, in der Gedenkstattdirektor Hubertus Knabe auf einem mannshohen Bild mit Hitlergruß und kommunistischer Arbeiterfaust ge-

zeigt wird. Die wirre Begründung des „Künstlers“ Jan Bejsovec lautet, Knabe vertrete die umstrittene Totalitarismustheorie, nach der in Wesen und Wirkung alle totalitären politischen Systeme gleich sind. (siehe Kurznachrichten). FV-Gründungsmitglied Vera Lengsfeld protestierte auf das Schärfste gegen diese Verunglimpfung. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, Dienstvorsetzter von Knabe, ließ auf Anfrage durch seinen Sprecher erklären, das Bild sei „eine schwer erträgliche moralische Herabwürdigung“ des Herrn Knabe. Es sollte aber im Sinne der Kunstfreiheit toleriert werden.

FDJ-Hemd, NVA-Aufmarsch, Knabe-Diffamierung – umso wichtiger wird in diesem Jahr die Verleihung des Hohenschönhausen-Preises. Der Förderverein muss klare Kante zeigen gegen DDR-Nostalgie und Verharmlosung kommunistischer Gewaltherrschaft. Setzen wir ein Zeichen gegen jedweden Totalitarismus von links und rechts. Der Vorstand bittet Sie herzlich um Unterstützung und freut sich auf Ihr Kommen am 25. November.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und freue mich von Ihnen zu hören.

Ihr Jörg Kürschner





Nekrolog

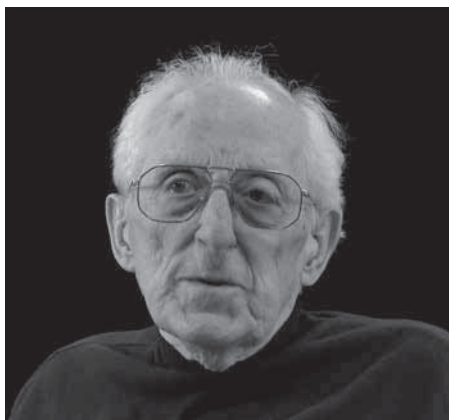
von Christine Sauerbaum-Thieme

Oskar Stück

* 19. November 1924, † 23. März 2014

Ende März verstarb im Alter von fast 90 Jahren Oskar Stück, der seit 2007 Mitglied des Fördervereins war. Nicht ohne persönlichen Hintergrund war er dem FV beigetreten, hatte er doch 6 Jahre lang in Bautzen I, Torgau und Halle eingesessen. Den Grund für seine Inhaftierung erfuhr er nicht gleich bei der Verhaftung, sondern erst nach einigen nächtlichen Verhören durch den NKWD: Man warf im „Antisowjethetze“ vor.

Er hatte sich 1950 als Student der Germanistik und Romanistik und als Mitglied des Fakultätsrates der Universität Jena Material der FU Berlin besorgt und dieses auch verteilt. Hierfür wurde er zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Zwischen 1945 und 1954 wurden 35.000 Menschen von Sowjetischen Militärtribunalen in Geheimprozessen verurteilt. Diejenigen, die nicht nach Sibirien verbannt wurden, kamen nach Bautzen ins sogenannte „Gelbe Elend“. Hierzu gehörte auch Oskar Stück. Er war einer derjenigen, die unter den Gefangenen illegale Chorgruppen gegründet hatten. Zeitweilig war er in demselben Saal untergebracht wie Walter Kempowski. In Torgau leitete er selbst einen Chor. Nach der Haft beendete er sein Studium und unterrichtete an einem Gymnasium in Berlin-Kreuzberg. ■



Die Mitglieder dieser Chöre haben den Kontakt zueinander auch nach ihrer Entlassung stets aufrechterhalten. Nach der Wende sang der Chor 1994 in der Anstaltskirche in Bautzen. Oskar Stück war seit den 60er Jahren Lehrer an der Robert-Koch-Oberschule in Berlin. Dort war er mein Deutschlehrer, als ich die 11. Klasse besucht habe. Er hat uns Schülern nie etwas von seinem Schicksal berichtet. Im Gegensatz zu anderen Lehrern hat er im Unterricht nie versucht, uns ideologisch zu beeinflussen; ihm war vielmehr wichtig, uns in die Lage zu versetzen, Meinungen differenziert begründen zu können.

Der Förderverein verliert mit Oskar Stück einen aufrechten und kritischen Menschen, der durch seine Haltung ein Vorbild war. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. ■



FV-Ansprechpartner in der Gedenkstätte stellt sich vor

von Domenic Teipelke

Für mich ist es nur schwer zu glauben, aber das erste halbe Jahr meines Freiwilligen Sozialen Jahres in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist bereits vergangen. Ich möchte mich an dieser Stelle beim Förderverein bedanken, durch dessen finanzielle Unterstützung es mir möglich ist, dieses Jahr hier zu absolvieren.

Schon der Umzug nach Berlin im letzten August in meine eigene Wohnung hieß für mich, mein Leben in einer großen Stadt nun selbst zu organisieren. Darüber hinaus ist Berlin wesentlich größer als mein Herkunftsort Bad Fallingb., eine 6000-Einwohner-Stadt in der Lüneburger Heide in Niedersachsen.

Schon in meiner Grundschulzeit hat es mich fasziniert, mich mit Geschichte zu beschäftigen. Daher beschloss ich schon früh, nach meinem Abitur im letzten Jahr meinen Horizont zu erweitern und mich intensiver mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Neue Perspektiven auf die Weltgeschichte lernte ich bereits 2010 während meines halbjährigen Aufenthaltes an einer High School in British Columbia in Kanada kennen.

Mit Blick auf meine eigene Schulzeit schockiert es mich nun immer mehr, festzustellen, wie sehr selbst eine grundlegende Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur oftmals aus dem



Domenic Teipelke in der Gedenkstätte

Geschichtsunterricht verdrängt wird. Ich bin erfreut, durch meine Arbeit zu einer weiteren Aufarbeitung dieses Kapitels der deutschen Geschichte beitragen zu können. Abseits des Arbeitsalltags gestalte ich mein Leben durch Sport, Klavier spielen und das Treffen mit anderen Freiwilligen.

Die sehr vielfältige und stets spannende Arbeit für die Gedenkstätte motiviert mich, auch positiv auf das kommende halbe Jahr zu blicken und Ihnen weiterhin als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. ■



Ex-DDR-Gefangene Edda Schönherz feiert Geburtstag

von Jörg Kürschner



FV-Mitglied
Edda Schönherz

Anfang Mai gilt es den runden Geburtstag von Edda Schönherz zu feiern, ohne die die Gedenkstätte schlecht vorstellbar ist. Die Jubilarin arbeitet seit Jahrzehnten als Besucherreferentin, gehört dem wissenschaftlichen Beirat der Gedenkstätte an und selbstverständlich dem Förderverein.

An ihrem Ehrentag kann Edda Schönherz auf ein schönes, schweres Leben zurückblicken. In der DDR war sie einst eine beliebte Fernsehmoderatorin, eine Top-Karriere war in Sicht. „Wegen politisch konträrer Auffassung zur DDR und des daraus resultierenden Ausreisewillens von September 1974 bis September 1977 in Staatsgewahrsam“, heißt es eher sachlich im Klappentext ihrer lesenswerten Biographie „Die Solistin. Roman einer Frau, die von Deutschland nach Deutschland wollte“ (ISBN 978-3-00-038562-9).

Darin ist nachzulesen zu welcher Brutalität Kommunisten auch gerade gegenüber Frauen fähig sind. Doch die Staatsfeindin ließ sich nicht unterkriegen. Im freien Teil Deutschlands setzte sie ab 1980 ihre Fernsehkarriere beim Bayerischen Rundfunk fort.

Die Gedenkstätte und der Förderverein haben Edda Schönherz viel zu verdanken. Es ist eine Freude, sie in Sitzungen des Beirats zu beobachten. Wenn es in dem auch von diversen Wissenschaftlern geprägten Gremium allzu verkopft, lehrbuchhaft-theoretisch zugeht, bringt die frühere politische Gefangene die Runde rasch wieder auf dem Boden der Wirklichkeit. Dann erzählt sie wie es war im Zuchthaus Hoheneck; unaufdringlich aber konkret.

Eine liebenswerte Solistin halt. ■



Zur Erinnerung an eine fast vergessene Widerstandshandlung: Dr. Wolfgang Welsch zum 70. Geburtstag

von FV-Mitglied Angelika Neumayer

Schauplatz Gießen 1973: Wolfgang Welsch, 29 Jahre alt, seit zwei Jahren aus der Stasi-Haft entlassen, freigekauft, studiert in Gießen Soziologie und Politologie. Die Entspannungspolitik nimmt Formen an, der Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR ist unterzeichnet, und nun bemühen sich die beiden deutschen Staaten um die Aufnahme in die UNO.

Wer der UNO beitrifft, unterzeichnet mit dem Beitritt auch die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen. In der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Fassung des Protokolls Nr. 4 von 1963 heißt es im Artikel 2 – Freizügigkeit:

Jedermann steht es frei, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen.

Und in Artikel 5 steht:

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Wolfgang Welsch kann das nicht fassen: knapp 7 Jahre wurde er eingesperrt, misshandelt, geschlagen, gefoltert, zur Zwangsarbeit genötigt, und er war schwer erkrankt; dass später noch drei Mordanschläge auf ihn verübt würden, konnte er 1973 noch nicht wissen.



FV-Mitglied Wolfgang Welsch

Wie kann es sein, dass die Weltöffentlichkeit den Unrechtscharakter der DDR, die zigtausende politische Häftlinge eingesperrt hält und sie misshandelt, nicht zur Kenntnis nimmt, ja wissentlich ignoriert? Dass viele Diktaturen, die ähnliches tun, Mitglied der UN sind, ist bekannt – aber muss man sehenden Auges in einem Zeitalter der zunehmenden Demokratisierung der Welt ein weiteres Mal solches zulassen, ohne wenigstens auf die Wahrheit zu drängen?

Nein – beschließt Wolfgang Welsch, und er will handeln, er will wenigstens nicht schweigen, er will das tun, wozu er mit den bescheidenen Mitteln eines Einzelkämpfers in der Lage

ist: er will die Weltöffentlichkeit über den Unrechtscharakter der DDR aufklären.

Wolfgang Welsch, der an der Uni Gießen an seiner Promotion über das MfS arbeitet, verfasst ein Memorandum, in dem er die brutalen und menschenrechtswidrigen Methoden der DDR und des MfS anprangert.

Darin heißt es: „Den Vereinten Nationen und der gesamten Weltöffentlichkeit ist jedoch hinreichend bekannt, daß gerade die „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“) die elementarsten Postulate der Menschenrechte permanent mißachtet.

Ich klage die „DDR“ der systematischen und vorsätzlichen Verletzung der Menschenrechte an! Ich klage die „DDR“ an, seit ihrer Gründung 1949, Verbrechen gegen das für sich reklamierte Volk der Mitteldeutschen zu verüben! Ich klage die „DDR“ an, Menschen im Innern und Staaten nach außen über ihre wahren Absichten bewußt zu täuschen und dafür zu lügen, zu betrügen und international anerkanntes Recht zu verletzen! Ich klage die „DDR“ an, für die Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele zu morden und einen Angriffskrieg auf die Bundesrepublik Deutschland vorzubereiten!“

Namentlich zählt Wolfgang Welsch berüchtigte Haftanstalten und Untersuchungsgefängnisse des MfS in der DDR auf, prangert die unmenschlichen Haftbedingungen an und thematisiert das bis heute nur am Rande behandelte Thema der Haftzwangsarbeit. Er selbst wurde unter anderem verurteilt wegen der „Kontaktaufnahme zu einer verbrecherischen Organisation“ – gemeint ist die UNO – , bei der er schon 1963 die Verletzung von Menschenrechten in der DDR beklagte. Auch nach dem Beitritt der DDR zur UNO bleibt es für DDR-Bürger strafbar, Kontakt zur UNO aufzunehmen.

Wolfgang Welsch fährt nach Bonn, um die Parteivertreter, die zum Aufnahmeverfahren nach New York reisen werden, über die Menschenrechtsverletzungen zu informieren und ihnen sein „Memorandum“ zu übergeben. Er trifft auf nahezu einhellige Ablehnung, immer mit der Begründung, die nunmehr „gutnachbarlichen Beziehungen zur DDR“ nicht zu gefährden. Einzig Franz-Josef Strauß von der CSU ist beeindruckt und gleichzeitig auch beschämt: er erklärt sich bereit, das Memorandum nach New York zu bringen.

Am Ende kursiert während der UN-Vollversammlung das ins Englische übersetzte Memorandum. Es wurde zum Zeichen des Widerstands von außen. Bewirkt hat es unmittelbar nichts, die DDR wird zusammen mit der BRD gleichberechtigt per Akklamation in die UNO aufgenommen. An deren Menschenrechtscharta hat sich die DDR bis zu ihrem Zusammenbruch nicht gehalten. Wolfgang Welsch aber geriet abermals ins Visier der Stasi, der Zentrale Operative Vorgang (ZOV) „Skorpion“ wurde eröffnet, drei Mordanschläge folgten, die er nur mit viel Glück überlebte.

Wolfgang Welsch hat nicht geschwiegen; er ist seinem Gewissen, ja seiner Pflicht zum Widerspruch und zum Widerstand gefolgt und hat gehandelt. Sein Vorgehen ist mutig und vorbildhaft. Wir alle sind Wolfgang Welsch zu Dank verpflichtet.

Herzlichen Glückwunsch zum 70. Geburtstag!





Neue Vorstandsmitglieder stellen sich vor

von FV-Mitglied André Gaedecke und Christine Sauerbaum-Thieme

Am 7. November hat mich die Mitgliederversammlung des Fördervereins Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen als Schatzmeister zum Mitglied des Vorstandes gewählt. Für dieses Vertrauen möchte ich mich noch einmal ausdrücklich bedanken.

Ich bin von Beruf Historiker, habe von 1982 bis 1987 an der Berliner Humboldt-Universität Geschichte studiert, wobei ich mich vor allem auf die Geschichte Preußens spezialisierte. Außerdem beschäftigte ich mich nebenbei intensiv mit der Geschichte der DDR, der Sowjetunion und des Ostblocks, was meine Zweifel an den offiziell verkündeten Wahrheiten auf diesem Gebiet weckte und weiter nährte. Die Lektüre des Buchs „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ von Wolfgang Leonhardt, das mir unter der Hand ein Kommilitone borgte, war für mich ein Schlüsselerlebnis, dazu kam die immer dramatischer werdende Situation in der DDR in den achtziger Jahren.

Die friedliche Revolution im Herbst 1989, der Mauerfall und schließlich die Wiedervereinigung waren für mich logische Folgen einer politischen Sackgasse. Dazu kam nun die Möglichkeit, Literatur zu lesen und zu erwerben, die sich mit den im Namen eines vermeintlichen Menschheitsfortschritts begangenen Verbrechen mit ihren Millionen Opfern auseinandersetzte.

Ich bin seit 2006 Mitglied der SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf.

Zwei Jahre zuvor bin ich Mitglied des Fördervereins geworden und möchte damit am Beispiel der DDR zur Aufklärung über das Wesen von Diktaturen und chiliastischen Heilsversprechen beitragen, die letztendlich noch nie dazu beigetragen haben, die wirklichen praktischen Probleme der Menschen zu lösen, sondern die sie immer nur benutzt haben.



André Gaedecke, Schatzmeister des Fördervereins



Christine Sauerbaum-Thieme, Schriftführerin des Fördervereins

In den Förderverein bin ich im Januar 2008 eingetreten. Bis dahin hatte ich schon mehrere Veranstaltungen des Fördervereins besucht und mich über dessen Arbeit im Kontext der Diskussion über die „Aufarbeitung“ der „zweiten deutschen Diktatur“ informieren können.

Meine erste Begegnung mit Hohenschönhausen hatte ich im November 1991, als ich das Schulamt des Bezirkes suchte und in den Verwaltungstrakt des Stasigefängnisses geriet. In diesem Gebäudeteil war das Schulamt Hohenschönhausen untergebracht. Dort war ich seit Januar 1992 als Schulrätin für die Gymnasien tätig. Das Büro, das ich bezog, war eingerichtet wie ein Verhörraum, es war vorgesehen, dass die zu beratenden Lehrer oder Eltern am Ende eines Tisches sitzen sollten, der in T-Form zum Schreibtisch angeordnet war.

Das Telefon funktionierte nur innerhalb des Bezirks, Anrufe in den Westteil der Stadt waren unmöglich; wir fanden heraus, dass alle Telefonleitungen im Keller abgehört werden konnten. Ob dies noch erfolgte, war nicht ersichtlich, hätte mich aber nicht verwundert. Auf dem Gelände befanden sich riesige Hallen, die eines Tages geöffnet waren. In diesen Hallen standen mannshohe Karteikartenschränke, deren Schübe offensichtlich alle leer waren. Ich fand dennoch einen gefüllten Schub und entdeckte darin Ein- und Ausreisekarten, die die Bewohner des Westteils der Stadt ausfüllen mussten, wenn sie Tagesausflüge in den Ostteil unternehmen wollten. Die Karten waren geordnet nach Besuchern und Besuchten. So konnte jederzeit festgestellt werden, wer wie oft wen besuchte.

Im Herbst desselben Jahres wurde das Gefängnisgelände geöffnet: Ich besuchte diesen Ort, von dem ich während meiner Zeit als PW- und Geschichtslehrerin in Schöneberg nicht geglaubt hätte, dass er in dieser Weise existiert! Mich hatte aber einer meiner Schüler am VHS-Kolleg in Schöneberg (es war ein freigekaufter ehemaliger DDR-Bürger) vor diesem Bezirk gewarnt; er wollte mir eine Liste mit Namen von Lehrern geben, die an seiner Entfernung aus der Schule mitgewirkt hatten, was ich aber ablehnte.

Während meiner Funktion als Seminarleiterin in Charlottenburg-Wilmersdorf habe ich mit meinen Referendaren jeweils einen Besuch der Gedenkstätte durchgeführt. Erschreckend für mich kam dabei zutage, dass viele der jungen Kollegen wenig bis nichts über das System der DDR in der Schule erfahren hatten.

Meine hier geschilderten Begegnungen mit den Hinterlassenschaften der DDR waren für mich eine große Motivation, mich im Förderverein aktiv einzubringen und die Funktion der Schriftführerin zu übernehmen. ■



Geheime Mission: Auch aus Rumänien wurden Deutsche freigekauft

von Jörg Kürschner

Der Menschenhandel zwischen Ostberlin und Bonn, im Volksmund Freikauf und im Amtsdeutsch „Besondere Bemühungen“ der Bundesregierung genannt, ist vielfach beschrieben worden. Doch rund 25 Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen gibt es immer noch vergessene Geschichtskapitel. Eine Fernsehdokumentation ist kürzlich dem Freikauf Deutschstämmiger aus Rumänien nachgegangen.

Unter strengster Geheimhaltung wurden von 1968 bis 1989 rund 250.000 Menschen gegen die Zahlung von Devisen die Ausreise nach Deutschland ermöglicht. Das Bonner Innenministerium stellte das Geld zur Verfügung, ein verdeckter und schnell wachsender Posten im Etat. Nicht nur die Bundesregierung wurde zur Kasse gebeten, sondern auch die Ausreisewilligen selbst.

Sogar in einem Land, in dem der Besitz von Devisen offiziell verboten war, wurden den Rumäniendeutschen noch horrenden Valuta-Beträge oder Wertgegenstände dafür abgeknöpft, damit sie überhaupt einen Antrag stellen durften.

Diese „schäbige Schmiergeldpraxis“, wie sie Vize-Gedenkstättendirektor Helmuth Frauendorfer, ein Deutschstämmiger aus Rumänien und 1987 ausgereist, bei der Filmvorstellung

nannte, führte dazu, dass viele Ausgereiste hoch verschuldet im Westen ankamen.

Schlüsselfigur war der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Günther Hüsche, der im Auftrag mehrerer Bundesregierungen immer wieder nach Bukarest gereist ist. Im Gepäck hatte er stets einen schwarzen Aktentkoffer voller Geldscheine und „ich habe auch eine Waffe mitgeführt“.

Der Anwalt aus Neuss sagt heute, an das Regime von Nicolae Ceaucescu sei über die vielen Jahre eine Summe zwischen einer und drei Milliarden D-Mark geflossen. Wo das ganze Geld letztendlich blieb, sei bis heute nicht eindeutig geklärt. Dennoch: „Es war richtig“, so Hüsches Resümee.

Deutschland habe eine große humanitäre Leistung vollbracht.



Russischer Schriftsteller Granin zu Besuch in der Gedenkstätte

von Jörg Kürschner



Daniil Granin (Mitte) während des Rundgangs, begleitet von Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe und Ex-Häftling Reinhard Fuhrmann

Der russische Schriftsteller Daniil Granin hat am 28. Januar kurzfristig der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen einen Besuch abgestattet. Granin hatte tags zuvor im Bundestag anlässlich des Gedenkens der Opfer des Nationalsozialismus an die Belagerung Leningrads durch die deutsche Wehrmacht erinnert. Diese hatte der heute 95jährige überlebt. Nach der Begrüßung durch Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe führte ihn der ehemalige politische Häftling Reinhard Fuhrmann durch das frühere zentrale Stasi-Gefängnis. Von 1945 bis 1951 befanden sich ein sowjetisches Speziallager und die zentrale Untersuchungshaftanstalt des sowjetischen Geheimdienstes in Berlin-Hohenschönhausen.

Granin verbrachte seine Kindheit in Sankt Petersburg. Während des Zweiten Weltkrieges meldete er sich 1941 freiwillig und wurde Panzeroffizier. 1942 trat er in die KPdSU ein. Er war von 1954 bis 1969 Sekretär der Leningrader Abteilung des Schriftstellerverbandes der UdSSR. Viele seiner Novellen und Romane beschäftigen sich mit der Arbeit von Wissenschaftlern und Technikern und ihrer ethischen Verantwortung. Ein weiteres beherrschendes Thema ist der Zweite Weltkrieg und seine Folgen.





Geflohener Ex-Funktionär berichtet in Gedenkstätte über Nordkorea

von Jörg Kürschner



Experten unter sich.
Jang Jin-Sung
im Gespräch mit
Gedenkstättendirektor
Hubertus Knabe

Aufmerksame Zuhörer
nehmen Anteil am
Schicksal Jang Jin-Sungs

Die gut besuchte Veranstaltung mit dem nordkoreanischen Ex-Funktionär Jang Jin-Sung begann mit einem Geständnis. Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe räumte in seiner Begrüßung ein, er habe einst die DDR für „unumstößlich“ gehalten, nicht damit gerechnet, daß die zweite deutsche Diktatur zu seinen Lebzeiten wie ein „Kartenthaus“ zusammenfallen sollte.

Die DDR ist vor einem Vierteljahrhundert auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet, und nach den bedrückenden Schilderungen Jangs über die Gräueltaten des kommunistischen Regimes in Pjöngjang ist zu hoffen, daß den Machthabern dort bald Ähnliches widerfährt.

Der 2004 geflohene Funktionär gehört zu den wenigen, die aus erster Hand über das Regime in Nordkorea berichten können. Bis zu seiner Flucht über China nach Südkorea arbeitete er als Regierungsberater in der Abteilung, die für Spionage, Diplomatie und Außenpolitik zuständig ist. „Die Mission unserer Abteilung war es, die eigenen Leute und die Welt zu täuschen, alles zu tun, um unseren Führer an der Macht zu halten“, berichtet Jang. Den Dik-



tator Kim Jong-Il beeindruckten dessen Talente als Dichter so sehr, dass er ihn zweimal privat traf und vor Verfolgung schützte. Doch nachdem Jang verbotene Bücher an Freunde verliehen hatte, geriet er zunehmend in den Fokus der Geheimpolizei. Vor drei Jahren hat er die Informationsplattform New Focus gegründet, die regelmäßig Interna aus Nordkorea veröffentlicht.

In der anschließenden Diskussion wurde Jang auch nach den Umständen seiner Flucht befragt. „Die Flucht ist die Überwindung des eigenen Lebens“, sagte er nachdenklich. Da diese geglückt sei, habe er neue Kraft gewonnen. Über das Schicksal seiner Angehörigen wollte der Dissident verständlicherweise keine Auskunft geben. Der frühere Funktionär scheute auch vor Vergleichen nicht zurück,

die hierzulande aus Gründen der politischen Korrektheit eher selten ange stellt werden. Er setzte die Kim-Familie auf eine Stufe mit Adolf Hitler: „Sie schlachten ihr eigenes Volk.“

Es fiel unangenehm auf, dass während der knapp zweistündigen Veranstaltung immer in dem Moment ein Fotoapparat gezückt wurde, da Fragen aus dem Publikum gestellt wurden. Mitarbeiter der nordkoreanischen Botschaft hatten den Weg in das ehemalige zentrale Gefängnis des DDR-Ministeriums für Staatssicherheitsdienst gefunden, wie der Korea-Experte von Amnesty International bestätigte.





In eigener Sache ...

von Jörg Kürschner

... meine zwiespältigen Erfahrungen in der Enquetekommission des brandenburgischen Landtags zu den Folgen der SED-Diktatur.

Der brandenburgische Landtag hat im Juni 2010 die Enquetekommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ eingesetzt. Kurz nach der Landtagswahl war bekannt geworden, dass in der Fraktion „Die Linke“ zahlreiche ehemalige Stasi-Mitarbeiter ihr politisches Auskommen gefunden hatten. Das war weniger der Partei „Die Linke“ peinlich, wohl aber der SPD unangenehm, die die Koalition mit der CDU aufgekündigt hatte und sich anschickte, mit der SED-Nachfolgepartei ein rot-rotes Bündnis einzugehen.

Die Opposition aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen setzte daraufhin die Enquetekommission durch, die Regierungsfractionen SPD und „Die Linke“ fügten sich. Das Gremium bestand aus sieben Parlamentariern und sieben Sachverständigen; zu Letzteren zählte auch der Autor dieser Zeilen. Ende Januar hat die Enquetekommission in der 39. Sitzung den Abschlussbericht mit mehr als 400 Seiten und 80 Handlungsempfehlungen bei einer Gegenstimme verabschiedet. Der Landtag in Potsdam hat

diesen Abschlussbericht Anfang April während einer knapp zweistündigen Debatte im Plenum beraten. Darüber berichtete die Nachrichtenagentur DPA. In der Meldung findet sich der Satz: „Der einstimmig beschlossene Kommissionsbericht fordert zudem einen Härtefallfonds für Opfer der DDR und eine Auseinandersetzung mit der Geschichte im Unterricht“. Ich habe wenige Stunden nach Veröffentlichung dieser unrichtigen Meldung den Verfasser schriftlich darauf aufmerksam gemacht, dass der Bericht gerade nicht einstimmig verabschiedet worden war. Ich hatte wegen der die DDR-Diktatur verharmlosende und beschönigende Formulierungen mit Nein gestimmt. Seine schriftliche Antwort lautet: „Dann war das leider falsch verkürzt, weil es diesmal im Landtag diskutiert wurde. Gemeint war von den Fraktionen, die damit ja laut Fritsch auf den Brandenburger Weg zurückgefunden haben“. Eine Korrektur dieser unrichtigen Meldung unterblieb.

Apropos Fritsch. Gemeint ist der Landtagspräsident Gunter Fritsch, dem die Kommission den Abschlussbericht nach fast vierjähriger Arbeit Mitte März feierlich übergeben hat. Feierlich? Der SPD-Politiker, der sich zuvor mehrfach abfällig über die Arbeit der Kommission geäußert hatte, erschien zu diesem offiziellen Termin im Landtag in einer verwaschenen, sichtbar



Landtagspräsident Gunter Fritsch und Susanne Melior (SPD), Vorsitzende der Enquetekommission bei der Übergabe. Im Hintergrund Mitglieder der Kommission

verschmutzten Jeans und einem Pulloverhemd mit Reißverschluss. Zahlreiche Kommissionsmitglieder schienen ob dieses unwürdigen Auftritts peinlich berührt. Fritsch sprach unverdrossen von der Bestätigung des „Brandenburger Wegs“, der auf Konsens über Parteigrenzen hinweg statt auf Konflikt setzte. Dass dieser Weg zu erheblichen Versäumnissen bei Stasi-Überprüfungen geführt hat, verschwieg der oberste Repräsentant des Landtags. Diese bewusste Unterlassung fand ihr Spiegelbild während des Fototermins im Aufzug dieses Fritsch.





Kleider machen Leute, Kleider machen Politik

von FV-Mitglied Henry Bren d'Amour

Wer unbewusst gegen gesellschaftliche Konventionen verstößt, offenbart ein erzieherisches Defizit. „Mit dem D-Zug durch die Kinderstube“, sagt man dazu. Wer hingegen bewusst die Regeln des Anstands verletzt, will damit eine Aussage treffen. Sie kann ironisierender Natur sein oder kalkuliert provozieren, sie mag eine Botschaft der Missachtung oder der Erniedrigung beinhalten oder sie ist eine selbstherrliche, narzisstische Geste.

Zerbeulte Jeans, braune Jacke, offen getragenes, rotes Hemd, dieser Auftritt des Herrn Präsidenten des Landtags von Brandenburg bei der Übergabe des Abschlussberichts zu den Folgen der SED-Diktatur mag nur die Stilllosigkeit eines gelernten Ingenieurs gewesen sein, der Demokratie und Parlament mit den gesellschaftspolitischen Vorstellungen von Rosa Luxemburg verwechselt.

Nicht von ungefähr hat er die Mitglieder und die Arbeit der Enquetekommission bereits im vergangenen Herbst einmal verunglimpft und zwar im Zusammenhang mit einer Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Damals stand bereits im Raum, dass er als Landtagspräsident gegen das Neutralitätsgebot und die Pflicht, die Würde des Parlaments zu wahren, verstoßen habe.

Die „Berliner Zeitung“ berichtete seinerzeit, dass der Landtagsberatungsdienst darauf hingewiesen habe; dies festzustellen, sei allerdings eine politische Aufgabe. Vergleicht man vor dem Hintergrund dieser Vorgeschichte das Porträtfoto des Herrn Gunter Fritsch im dunklen Zwirn mit weißem Hemd und Schlips, das auf der Homepage des Landtags zu finden ist, mit der Aufnahme aus Anlass der Übergabe des Abschlussberichts, so wird offenkundig, dass der Herr Präsident hier bewusst gegen die Würde des Parlaments verstoßen hat.

Er scheint sich damit schwer zu tun, sich von den Tätern und Taten der Gewaltherrschaft angemessen zu distanzie-

ren. Vielleicht sind die Stasi belasteten Zeitgenossen in Legislative und Exekutive zu wichtige Verbündete im Ringen um die Macht, als dass man sie offen anprangern möchte. Da wird schon mal verdrängt, dass ein unwürdiger Auftritt auch als Verhöhnung der Opfer der SED-Diktatur angesehen werden kann. Die Stimmen derjenigen, die vom SED-Regime drangsaliert wurden, braucht die derzeitige politische Elite nicht, denn ihre Anzahl wird wahrscheinlich als wenig interessantes Wählerpotential angesehen.

Eine solche Einstellung zum Thema der Enquetekommission ließ sich statt durch Worte durch die unangemessene Kleidung bei der Entgegennahme des Abschlussberichts ausdrücken. Übrigens, beim entsprechenden Akt aus Anlass der Fertigstellung des Abschlussberichts der Enquetekommission zur Verwaltungsreform in Brandenburg wusste der Herr Landtagspräsident sich angemessen zu kleiden.

In dem Zusammenhang ist es natürlich ebenfalls irritierend, dass keiner der 7 Landtagsabgeordneten, die Mitglieder der Enquetekommission waren, das Verhalten von Präsident Gunter Fritsch anprangerte. Zumindest von den Oppositionsparteien im brandenburgischen Landtag hätte man so etwas erwarten können. Doch vermutlich wollen die es sich nicht mit



FV-Mitglied Henry Bren d'Amour

der stärksten Fraktion verderben, da man ja demnächst einmal wieder in Potsdam mitregieren möchte.

Umso wichtiger ist es, dass die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und unser Förderverein die mahnende Erinnerung an die Täter aus SED-Zeiten wach hält. Das ist unser bescheidener Beitrag zur Sicherung von Freiheit und Demokratie in Gegenwart und Zukunft. ■



Kurznachrichten

■ Das Interesse an der Stasiopfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist im vergangenen Jahr erneut gestiegen. 2013 kamen mehr als 385.000 Besucher, rund 15.000 mehr als 2012 und damit ein neuer Besucherrekord. Seit der Eröffnung vor 19 Jahren informierten sich mehr als drei Millionen Menschen über das frühere zentrale Untersuchungsgefängnis des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Das Zeitzeugenbüro hat im vergangenen Jahr 586 Zeitzeugengespräche mit mehr als 29.000 Teilnehmern organisiert. Im Vergleich zu 2012 ist das eine Steigerung um 14 Prozent. jök

■ Ein Bild des gekreuzigten Gedenkstättenleiters Hubertus Knabe in einer Berliner Ausstellung ist auf heftige Kritik gestoßen. Unter dem Titel „Totaler Theoretiker“ zeigt es den Historiker an einem Kreuz, die eine Hand zum Hitlergruß gereckt, die andere zur kommunistischen Arbeiterfaust geballt. Knabe erklärte, er fühle sich als Gedenkstättenleiter diffamiert, der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats der Gedenkstätte, Rainer Wagner, spricht von Verunglimpfung und wollte Strafanzeige wegen Volksverhetzung stellen. Zudem wandte er sich an Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) mit der Bitte, sich „in geeigneter und wenn nötig öffentlicher Form schützend“ vor Knabe zu

stellen. Die Ausstellung ist unter dem Namen „Konfliktstoff“ in Berlin zu sehen. In einem Begleittext zu dem Machwerk heißt es, das Knabe-Bild thematisiere die umstrittene Totalitarismustheorie, nach der in Wesen und Wirkung alle totalitären politischen Systeme gleich sind. Diese von seriösen Historikern lange widerlegte Theorie werde in Deutschland nur noch von den Epigonen des Antikommunismus als Propaganda verwendet. Das „Gesicht“ dieser noch tief im Kalten Krieg verwurzelten Gruppe sei Hubertus Knabe, der als Direktor die Gedenkstätte mit unwissenschaftlichen Mitteln zur politischen Einflussnahme missbrauche. Nächste geplante Station der Ausstellung soll eine Filiale der Deutschen Bank sein. jök

■ Bei der Stasiunterlagenbehörde haben im vergangenen Jahr knapp 24.000 Menschen weniger als noch 2012 die Einsicht in Akten des DDR-Staatssicherheitsministeriums beantragt. 2013 gingen genau 64.246 Anträge auf persönliche Akteneinsicht ein, 2012 gab es hingegen noch rund 88 200 solcher Anträge. Das sinkende Interesse nannte Amtschef Roland Jahn „ganz natürlich“. Er kann sich die Schließung seiner Behörde und die Überführung des Aktenbestands in das Koblenzer Bundesarchiv nach 2019 vorstellen. „Entscheidend ist, dass der Zugang der Akten offenbleibt und dass die Aufklärung über die

Diktatur weitergeht. Es darf keinen Schlusstrich geben“. Der Bundestag hat zu Jahresbeginn einen Expertenkommission zur Zukunft der Behörde eingesetzt. FV-Mitglied Marco Wanderwitz, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Sachsen, erklärte, die Unionsfraktion halte mittelfristig an der Stasiunterlagenbehörde fest. jök

■ Das drohende Aus für den DDR-Heimkinderfonds ist abgewendet. Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, den 40-Millionen-Euro-Topf auf bis zu 200 Millionen Euro aufzustocken. Der Fonds war bereits ausgeschöpft, obwohl der größere Teil der Antragsteller noch keine Zusagen auf Leistungen erhalten hat. Von dem Geld können die Betroffenen etwa Hilfsleistungen wie Therapien bezahlen, oder sie erhalten Sachleistungen, wenn sie sich in einer sozialen Notlage befinden. Im Einzelfall können bis zu 10.000 Euro gewährt werden. jök

■ Anfang April ist in der Landesvertretung Sachsen in Berlin das Buch „Damit wir nicht vergessen. Erinnerungen an den Totalitarismus in Europa“ vorgestellt worden. Der Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, FV-Mitglied Siegfried Reiprich, betonte, das Buch zeige, „dass menschlicher Anstand nicht an ethische, nationale oder religiöse Zugehörigkeiten gebunden ist. „Es leistet einen wichtigen Beitrag zu ei-

ner europäischen Erinnerungskultur, die nicht nur den Holocaust, sondern auch den sowjetkommunistischen Totalitarismus vergegenwärtigt“. Dokumentiert werden die eindrücklichen Lebensgeschichten von 30 Menschen aus 16 Ländern Europas, die im 20. Jahrhundert Opfer totalitärer Verbrechen wurden, die Widerstand geleistet haben. Das Buch wendet sich insbesondere an die junge Generation und wird kostenlos, gegen Porto, abgegeben. Bestellen kann man per ePost office@memoryandconscience.eu

jök

■ Jenaer Forscher suchen ehemalige DDR-Heimkinder aus Thüringen als Zeitzeugen. Ihre Schilderungen und Erinnerungen über den Alltag in den Umerziehungseinrichtungen sollen in eine Ausstellung einfließen, die sich kritisch mit der damaligen Heimerziehung auseinandersetzen will, teilte die Fachhochschule Jena mit.

jök

■ Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat vorgeschlagen, Opfer von Willkür und Unrecht auf höchster Ebene zu würdigen. „Eine feste Einladung von den Spitzen des Staates wäre für viele eine moralische Geste der Anerkennung – unabhängig von Gedenktagen“, sagte die Geschäftsführerin der Stiftung, Anna Kaminsky. jök



Gedenken an die letzten Mauertoten Chris Gueffroy und Winfried Freudenberg

von Jörg Kürschner



Baumschulenweg in Berlin. Der Friedhof steht unter Denkmalschutz. Hier das Urnengrab von Chris Gueffroy, den letzten Toten an der Berliner Mauer.

Gedenktafel, Winfried Freudenberg, Erdmann-Graeser-Weg, Berlin-Zehlendorf

Der grausame Tod von Peter Fechter am 17. August 1962 an der Berliner Mauer hat sich in unser Gedächtnis eingegraben. Der 18jährige verblutete vor den Augen der Öffentlichkeit, nachdem er bei einem Fluchtversuch von DDR-Grenzsoldaten angeschossen worden war.

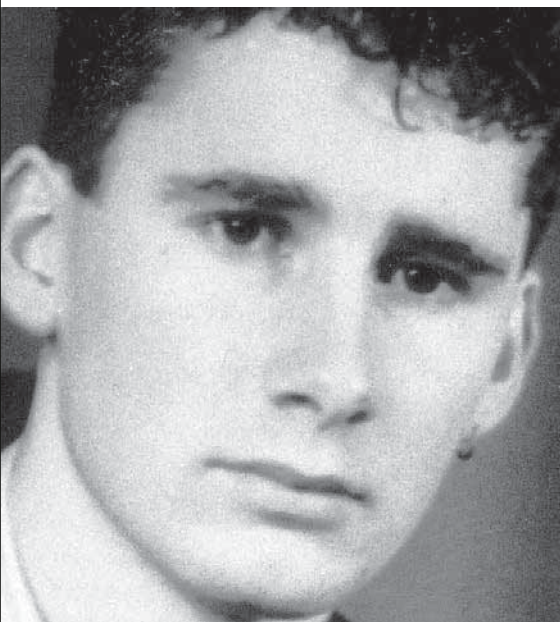
27 Jahre später wurden unverändert Menschen erschossen, die der SED-Diktatur entfliehen und in Freiheit leben wollten. Im Jahr des Mauerfalls, am 5. Februar 1989, wurde der 20jährige Chris Gueffroy von 22 Schüssen niedergestreckt. Auch er wollte raus aus der Enge der DDR und starb an der Berliner Mauer. Seine Mutter wohnte in der Nähe des Britzer Verbindungskanals, wo ihr Sohn in den freien Teil der Stadt zu flüchten versuchte und hörte des nachts die Schüsse, die das Leben ihres Sohnes beendeten. Karin Gueffroy gelang es mit Hilfe einer Rentnerin, ein Passbild zum Sender Freies Berlin (SFB) zu schmug-

geln. Die „Abendschau“ meldete für ganz Berlin, wer der Mauertote war. Am Tag der Beerdigung machte Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) DDR-Staatschef Erich Honecker seine Aufwartung; in der „Hauptstadt der DDR“ wenige Kilometer vom Friedhof entfernt.

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur setzte sich die Mutter mit Nachdruck für die Bestrafung der Täter ein und schärfte so das Bewusstsein für die Verbrechen des SED-Regimes; ungeachtet ihres Schmerzes. Auch beim späteren Politbüroprozess war sie Nebenklägerin und saß den Angeklagten gegenüber. Dafür gebührt ihr allergrößter Dank und hohe Anerkennung. Die „Siegerjustiz“ verurteilte die vier Todesschützen zu Bewährungsstrafen.

Am 25. Todestag von Chris Gueffroy wurde an der Stelle, an der er erschossen wurde, ein stilles Gedenken abgehalten. Dort erinnert heute eine Stele an sein viel zu kurzes Leben. Die tapfere Mutter meidet eher die Medien, will nichts zerreden. Sie spricht aber mit Schülern, auch mit Ausländischen, die sich gar nicht vorstellen können, dass junge Menschen die DDR nicht verlassen durften. Die Frage, ob einer der Schützen sich bei ihr entschuldigt habe, beantwortet sie mit „Nein“.





Maueropfer Chris Gueffroy

Weniger bekannt ist der Tod von Winfried Freudenberg, der zusammen mit seiner Frau mit einem Ballon aus der DDR in den Westen fliehen wollte. Der Plan wurde vereitelt, nur der 32jährige konnte abheben, überlebte den Flug über die Mauer aber nicht. Im West-Berliner Stadtteil Zehlendorf finden Anwohner die Leiche des völlig unterkühlten DDR-Ingenieurs, der aus großer Höhe abgestürzt war. Es ist der 8. März 1989. „Was hat er leiden müssen“, sagt sein Bruder 25 Jahre später über die fünfstündige Qual in eisiger Höhe. Winfried Freudenberg ist der Letzte, dem die Grenze zum Verhängnis wird. ■



Maueropfer Winfried Freudenberg

Nach bisherigen Recherchen starben noch im Oktober 1989 mindestens vier DDR-Deutsche beim Versuch, die DDR zu verlassen, allerdings Richtung Osten nach Polen. Dort regierte seit Juni die unabhängige Gewerkschaft Solidarnosc, so dass die DDR die Grenze zum Nachbarn dicht machte. Die Leiche des letzten bekannten Opfers des DDR-Grenzregimes, Frank M. aus Bad Freienwalde, wurde Anfang November 1989 aus der Oder gezogen. Nur Tage später fiel die Mauer. ■



Verbot kommunistischer Symbole: Diskussion geht weiter

von Jörg Kürschner

Ein Verbot von DDR-Symbolen wird weiterhin kontrovers diskutiert. Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe betonte, Deutschland könne sich an Ländern wie Litauen orientieren, in denen das Tragen von Uniformen aus der Sowjetzeit Bußgeld koste.

Es sei sehr bedauerlich, dass sich die ostdeutschen CDU-Abgeordneten bei den Koalitionsverhandlungen nicht mit entsprechenden Forderungen durchsetzen konnten. Im vergangenen Jahr waren in Berlin Uniformierte eines früheren Stasi-Wachregiments aufmarschiert. Daraufhin hatte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, angekündigt, nach der Bundestagswahl ein Verbot auszuloten.

„Mittelfristig“ sei er jedoch optimistisch, dass es in Deutschland zu einem Verbot von DDR-Symbolen kommen werde, sagte Knabe. „Es ist einfach unlogisch, dass die Verherrlichung der einen Diktatur bestraft wird, die der anderen jedoch nicht“. Uniformierte „DDR-Grenzer“ am Brandenburger Tor und am Checkpoint Charlie sorgen ebenfalls regelmäßig für Unmut. So etwas werfe kein gutes Licht auf Deutschlands Umgang mit seiner Vergangenheit, sagte Knabe.

Die Gedenkstätte plant im Mai ein Symposium zu diesem Thema. „Wir sollten uns Gedanken machen, wel-

che Symbole man erfassen und mit welchen Instrumenten man sie aus der Öffentlichkeit verbannen will“.

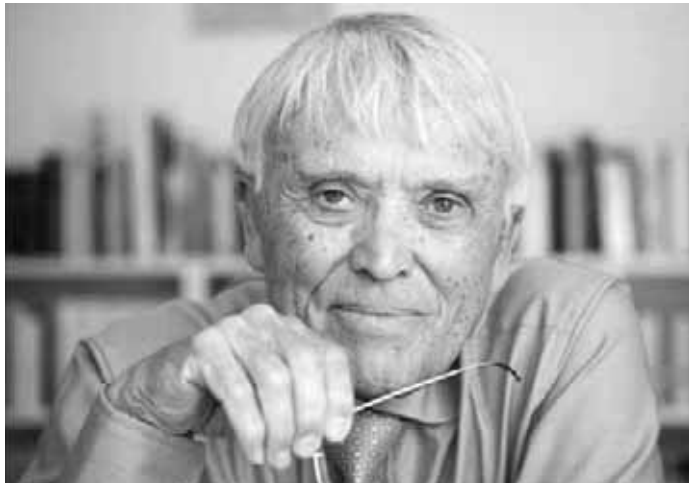
Der Präsident der Berliner Akademie der Künste, Klaus Staack kritisiert Knabes Vorstoß. Es gebe weit drängendere politische Themen wie „kriminelle Steuerhinterziehung, rücksichtslose Umweltschädigung, schamlose Ausbeutung asiatischer Textilarbeiterinnen sowie jede Form von Rassismus und andere Unmenschlichkeiten“. Wenn das erledigt sei, könne man sich den „verbliebenen Symbolen der infolge Mauerfalls verblichenen DDR“ zuwenden, meinte Staack.

Dabei stelle sich dann jedoch die Frage, was genau reguliert werden soll. So sei der Anblick von Fahnen schwenkenden Menschen in DDR-Fantasieuniformen vor dem Brandenburger Tor zwar nicht schön. Es sei jedoch nicht zu erkennen, was für eine Gefahr „von diesen eigenartigen Gestalten ausgehen soll“.



Ein deutsch-deutscher Dichter: Lesung mit Reiner Kunze

von Jörg Kürschner



Unbequem und
unbestechlich:
Reiner Kunze

Ende Januar lud die Landesvertretung Thüringen in Berlin zu einer Lesung mit dem Schriftsteller Reiner Kunze.

Im Dialog mit seinem Biograph Udo Scheer berichtete er aus seinem Leben und las aus seinen Büchern. Kunze ist ein nachdenklicher, empfindsam wirkender Dichter, erkennbar an seinen Texten und seinem Auftreten. Ein Solitär im Literaturbetrieb. Vor etwa 150 Gästen blitzte auf, dass der vielfache Preisträger in der DDR zum unbequemen Dichter werden musste.

In seinen Texten ist die Spannung des Individuums gegenüber der politischen Unfreiheit zu spüren. Musikalisch begleitet wurde die Lesung durch den Folkmusiker und Liedermacher Andreas Schirneck. Zwei Stunden mit Reiner Kunze – ein Geschenk für die begeisterten Gäste. Die Landesvertretung war zufrieden. ■



Udo Scheer: „Reiner Kunze. Dichter sein. Eine deutsch-deutsche Freiheit“

von Jörg Kürschner

Udo Scheer ist für viele Mitglieder des Fördervereins kein Unbekannter. Vor sieben Jahren verfasste er die Biographie des 1999 an Leukämie verstorbenen DDR-Dissidenten und Schriftstellers Jürgen Fuchs. Die Herausgabe des vielbeachteten Buchs „Jürgen Fuchs. Ein Weg in die literarische Opposition“ wurde seinerzeit durch Mittel des Fördervereins unterstützt.

Jetzt ist Scheer erneut ein großer Wurf gelungen. Der aus Thüringen stammende Autor hat aus persönlichem Erleben und im Zeitlauf der Geschichte den gefeierten, unbequemen Dichter Reiner Kunze portraitiert.

Kunze, 1933 im sächsischen Oelsnitz geboren, hat sich schon früh gegen die DDR-Diktatur aufgelehnt. Mitte der siebziger Jahre gelingt ihm mit dem Prosaband „Die wunderbaren Jahre“ der Durchbruch als Weltautor.

Das SED-Politbüro beschließt seinen Ausschluss aus dem Schriftstellerverband, der einflussreiche Staatsdichter Hermann Kant ruft Kunze nach dessen erzwungener Ausreise in die Bundesrepublik nach: „Kommt Zeit, vergeht Unrat“. In der Bundesrepublik erhält er Preise und wird als Nichtlinker attackiert.

Nach dem Mauerfall erfährt Kunze aus den Stasiakten das ganze Ausmaß

seiner Bespitzelung durch Mielkes Inoffizielle Mitarbeiter. Eine besonders perfide Rolle hat dabei Ibrahim Böhme gespielt, kurzzeitiger Vorsitzender der 1989 in der DDR neugegründeten SDP (Sozialdemokratische Partei). ■



Udo Scheer: Reiner
Kunze. Dichter sein.
Eine deutsch-deutsche
Freiheit. Mitteldeutscher
Verlag Halle/S. 2013.
271 Seiten, 19,95 Euro



Manfred Haferburg: „Wohn-Haft“

von Jörg Kürschner

Der Autor, Jahrgang 1948, ist in Sachsen-Anhalt aufgewachsen und hat in Dresden studiert. Anschließend arbeitete er im Kernkraftwerk Greifswald-Lubmin, dem damals wohl größten Atomkraftwerk der Welt.

Dort erlebt der Oberschichtleiter wie schlimme Unfälle vertuscht werden. Aufgrund seiner Weigerung, in die SED einzutreten, fällt er der Staatsicherheit auf. Als er sich auch noch weigert, Spitzel zu werden, erklärt ihn die Partei zum Staatsfeind.

Von seinem besten Freund verraten, verliert Haferburg erst seinen Beruf, dann seine Familie und zuletzt die Freiheit. Nach einem Fluchtversuch im Mai 1989 beginnt sein Irrweg durch die Gefängnisse der kommunistischen Diktaturen. Zunächst in der Tschechoslowakei, dann im Zentralen Untersuchungsgefängnis des Staatssicherheitsdienstes in Berlin-Hohenschönhausen. Hier foltern ihn aggressive Stasi-Mitarbeiter, ihren unmittelbar bevorstehenden Machtverlust ahnend.

Manfred Haferburg, der in seinem autobiographischen Roman in sein Alter Ego „Manni Gerstenschloss“ geschlüpft ist, gehört zu den letzten Gefangenen, die von der Stasi in Hohenschönhausen drangsaliert worden sind. Heute lebt Haferburg mit seiner Frau in Paris.

Der Dichter und Liedermacher Wolf Biermann hat das Vorwort für dieses lesenswerte Buch geschrieben:

„Mir gefällt, daß der Haferburg in seinem Motto schreibt: ‚Für alle diejenigen, die trotz ihrer Angst ...‘ Das ist ein tapferes Bekenntnis zur Angst auch der Mutigen, zur Furcht der Widersacher, zum Zittern der Rebellen und zum Recht auch der Freiheitskämpfer auf Feigheit. Dieses Dilemma ist jeden Tag neu zu lösen: Wer hat wen? Habe ich die Angst, oder hat die Angst mich! Und genau davon erzählt dieses Buch: vom Mut eines widerspenstigen Angsthasen, eines halb angepaßten Rebellen, eines wunderbar unzuverlässigen Freigeistes, eines Ingenieurs im größten Atomkraftwerk, im Prestige-AKW der DDR, in Lubmin bei Greifswald“.



Manfred Haferburg:
Wohn-Haft. Mit einem
Vorwort von Wolf
Biermann. Kuuk-Verlag
Königswinter, 2013.
524 Seiten, 29,00 Euro

IMPRESSUM

Herausgeber:
Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Dinkelsbühler Steig 12
13465 Berlin

Telefon/Fax: +49 (30) 22 48 99 20

info@foerdereverein-hsh.de
www.foerdereverein-hsh.de

Redaktion:
Dr. Jörg Kürschner
André Kockisch

Layout:
Anne Dück

Auflage:
800 Druckexemplare

BUCHHANDLUNG 89

In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Genslerstr. 66
13055 Berlin

Telefon: +49 (30) 98 60 82-507
Fax: +49 (30) 98 60 82 34

info@buchhandlung89.de
www.buchhandlung89.de

